

# Fokus

## Volkswirtschaft

Nr. 34, 4. November 2013

### Wege aus der Demografiefalle

Autor: Dr. Jörg Zeuner, Telefon 069 7431-2931, research@kfw.de

In den kommenden 20 Jahren wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter noch stärker schrumpfen als die deutsche Bevölkerung insgesamt – eine enorme Bremse für das Potenzialwachstum. Ohne Gegenmaßnahmen schätzen wir für 2030 ein Wachstum von nur noch 0,2 %, das Pro-Kopf-Wachstum fiel auf 0,7 %.

Diese Entwicklung ist kein Schicksal. Mit einer Reihe von gezielten Maßnahmen am Arbeitsmarkt, in der Bildung, in Forschung und Entwicklung, mit anderen Innovationen als heute und mit mehr Investitionen kann Deutschland die Demografiefalle vermeiden. Wichtig ist, an mehreren Stellen gleichzeitig anzusetzen und so schnell wie möglich zu beginnen.<sup>1</sup>

Das Bevölkerungswachstum ist eine zentrale Quelle des Wirtschaftswachstums. Damit das Einkommen pro Kopf steigt, muss die Wertschöpfung schneller wachsen als die Zahl der Einwohner einer Volkswirtschaft. Dafür muss nicht unbedingt mehr produziert werden. Die Güter und Dienstleistungen können auch hochwertiger und damit im Vergleich zu anderen teurer werden. Schrumpft die Bevölkerung, darf die Wertschöpfung nicht genauso schnell zurückgehen. Ansonsten fällt auch das Einkommen pro Kopf.

#### Ungünstige Demografie ...

Der demografische Ausblick für Deutschland für die kommenden 20 Jahre ist ungünstig. Die Bevölkerung insgesamt wird zurückgehen, stärker aber noch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Grafik 1):

- Im Jahr 2030 wird die Zahl der Einwohner Deutschlands um rund 3,2 Mio.

Personen beziehungsweise 3,9 % geringer sein als 2012.

- Die Erwerbsbevölkerung (15- bis 74-Jährige) sinkt sogar um knapp 4,9 Mio. Personen oder 7,7 %.
- Die Erwerbsbevölkerungsquote (Anteil der Personen zwischen 15 und 74 Jahren an der Gesamtbevölkerung) geht um 3,1 Prozentpunkte auf 74,0 % im Jahr 2030 zurück.
- Das bedeutet einen durchschnittlichen Rückgang der Einwohnerzahl um 176.000 Personen und der Erwerbsbevölkerung um 271.000 Personen pro Jahr (2013 bis 2030), mit im Zeitablauf steigender Tendenz. Zum Vergleich: Volkswagen beschäftigt rund 250.000 Mitarbeiter am Standort Deutschland.

Die verbleibende Erwerbsbevölkerung schultert in diesem Umfeld eine steigende Last. Immer weniger Erwerbstätige müssen das Einkommen für alle erwirtschaften. Wie schaffen sie das?<sup>2</sup>

#### ... belastet Potenzialwachstum

Die wirtschaftlichen Folgen nahezu aller realistischen demografischen Szenarien für Deutschland sind eindeutig: Das Potenzialwachstum fällt. Selbst in einem verhalten optimistischen Basisszenario fällt das Potenzialwachstum bis 2030 auf 0,6 %, verglichen mit 1,4 % im Jahr 2012 (Box 1; Grafik 2, Basisszenario).

#### Box 1: Basisszenario bis 2030

Eine weitere, leichte Verbesserung am Arbeitsmarkt (steigende Partizipationsquote von 69,5 % heute auf 72,5 % im Jahr 2030, sinkende Erwerbslosenquote von 5,3 % heute auf 4,5 % im Jahr 2030).

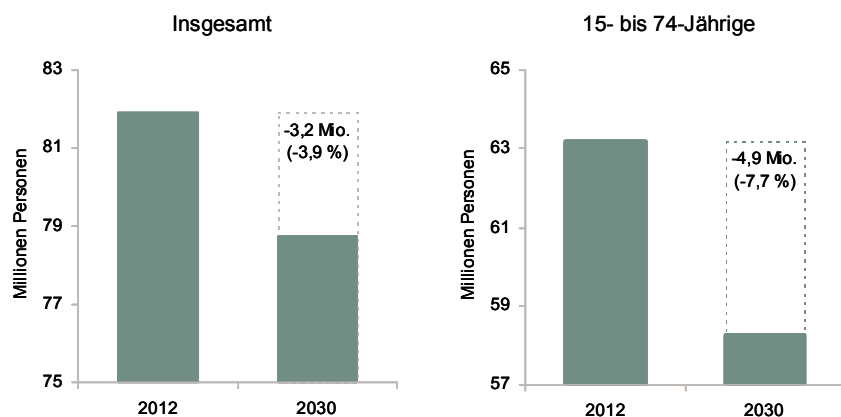
Eine Erholung der Investitionsquote von 17,4 % des BIP heute auf 20 % im Jahr 2030.

Nettozuwanderung nach Deutschland von jährlich 100.000 Personen.

Ein jährlich wiederkehrender Wachstumsbeitrag der Produktivität von durchschnittlich 0,8 Prozentpunkten.

Mit dem Renteneintritt der Babyboomer-Generation schlägt die demografische Entwicklung vor allem in den 2020er-Jahren negativ durch. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens wird im

Grafik 1: Deutschland schrumpft: Bevölkerungsprojektion 2012 bis 2030



Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Economic Research

nächsten Jahrzehnt zunehmend negativ.

Das Pro-Kopf-Wachstum sinkt ebenfalls, aber nicht so stark, da auch die Einwohnerzahl zurückgeht. Es vermindert sich von 1,3 % im Jahr 2012 auf 1,0 % im Jahr 2030.

Ohne die positiven Effekte aus dem Arbeitsmarkt, der Investitionstätigkeit, einer jährlichen Nettozuwanderung von rund 100.000 neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und einer jährlich wiederkehrenden Verbesserung unserer Produktivität sähe die Wachstumsperspektive düster aus (Grafik 2, Status-quo-Szenario). Verharrten die Arbeitsmarktparameter sowie die Bruttoinvestitionsquote auf den heutigen Strukturwerten und wären die Grenzen zu, fiel in unserem Szenario das Potenzialwachstum bis 2030 auf 0,2 %. Das Pro-Kopf-Wachstum fiel auf 0,7 %. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens wäre über die nächsten 20 Jahre negativ.

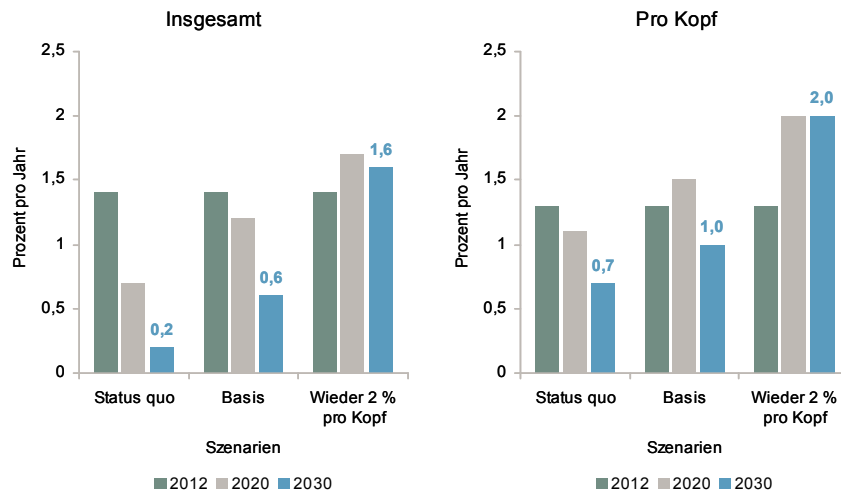
**Deutschland kann mehr**

Deutschland muss sich mit 0,7 bis 1,0 % Pro-Kopf-Wachstum pro Jahr nicht zufriedengeben. Eine Verdopplung auf 2 % ist ehrgeizig, aber erreichbar. Zuletzt schaffte Deutschland dies in den 1980er-Jahren, die nicht mehr durch die Späteffekte des Wiederaufbaus nach dem Krieg beeinflusst waren. Auch eine Vergleichsgruppe von 15 hoch entwickelten Industrieländern<sup>3</sup> kam in den 20 Jahren bis 2008 im Schnitt auf einen ähnlichen Wert (Grafik 3), auch wenn man vom Immobiliensektor ausgehende Übertreibungen außen vor lässt. Die USA sind bereits erkennbar zurück auf dem Weg zu 2 % Pro-Kopf-Wachstum.

**Am Ende zählt der Mix**

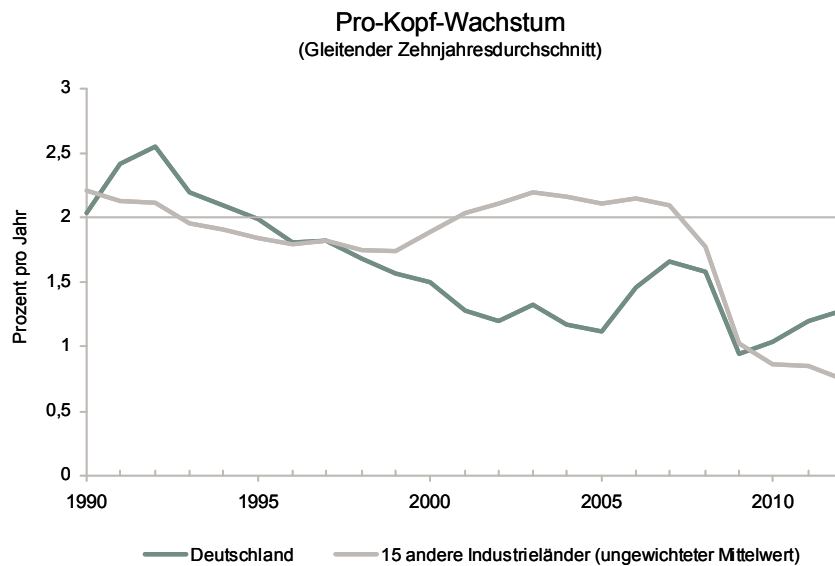
Es gibt jedoch keinen Königsweg aus der Demografiefalle. Tabelle 1 zeigt: Am Ende zählt der realistische Mix aus mehreren Maßnahmen. Einzelne Maßnahmen führen entweder überhaupt nicht zum Ziel oder müssten so radikal ausfallen, dass sie nicht empfehlenswert sind (Tabelle 1, Ecklösungen). Ein Beispiel: Um allein über mehr Arbeit der bisher nicht erwerbstätigen aber erwerbsfähigen Bevölkerung (v. a. Frauen) mittelfristig wieder ein Pro-Kopf-Wachstum von 2 % zu erzielen, müsste die Partizipationsquote auf rund 90 % steigen. Dies ist

**Grafik 2: Demografiefalle: Szenarien zum Potenzialwachstum bis 2030**



Quelle: KfW Economic Research

**Grafik 3: Zwei Prozent pro Kopf international die Regel**



Quelle: IWF, KfW Economic Research

**Tabelle 1: Wege zu 2 Prozent pro Kopf Wachstum: Übersicht**

Treiber	Status quo 2012	Basisszenario	Ecklösung	KfW-Pfad
Partizipationsquote	69,5 %	72,5 %	90 %	73,5 %
Erwerbslosenquote	5,3 %	4,5 %	Unmöglich	4,0 %
Jahresarbeitszeit	1.397 Std.	1.380 Std.	1.860 Std.	1.400 Std.
Nettozuwanderung	141.496*	100.000	Unmöglich	200.000
Investitionsquote	17,4 %	20 %	30 %	23 %
TFP	0,8 Pp.	0,8 Pp.	1,8 Pp.	1,0 Pp.

\*Fünfjahresdurchschnitt

Quelle: KfW Economic Research

unrealistisch. Selbst das international führende Norwegen kommt „nur“ auf knapp 74 %.

### Arbeitsmarkt leistet mehrere Beiträge

Ein erster wichtiger Ansatzpunkt zur besseren Nutzung des in Zukunft noch vorhandenen Arbeitskräftepotenzials ist eine Erhöhung der Partizipationsquote. Zentrale politische Hebel sind dabei alle Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (durch den Staat und die Unternehmen), Steueranreize zur erhöhten Erwerbsbeteiligung von Eheleuten sowie Maßnahmen zur Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters.

Ein weiterer Rückgang der (strukturellen) Erwerbslosigkeit würde selbstverständlich auch einen Beitrag zur Umgehung der Demografiefalle leisten. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind hier zentral, um die Qualifikationen der Arbeitssuchenden mit den Anforderungen der freien Arbeitsplätze möglichst in Einklang zu bringen, denn nur adäquat ausgebildete Personen haben in Deutschland eine gute Chance, sich auf Dauer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zugleich sind von einer besseren Bildung erhebliche Produktivitätseffekte zu erwarten. Das Steuer- und Sozialsystem sollte auf Arbeitsaufnahme begünstigende Anreizmechanismen ausgerichtet bleiben.

Doch selbst wenn es gelänge, die Erwerbslosenquote bis 2030 sukzessive auf Null zu reduzieren, stiege das Potenzialwachstum gleichzeitig nur auf 0,9 % (Pro-Kopf-Wachstum: 1,3 %). Der Grund ist das bereits niedrige Niveau der Erwerbslosigkeit.

### Mehr Zuwanderung sinnvoll

Auch Zuwanderung allein führt nicht zum Ziel. Unter ansonsten gleichen Bedingungen lässt sich durch mehr Zuwanderung nur das Potenzialwachstum insgesamt, nicht aber das Pro-Kopf-Wachstum erhöhen. Der Grund: die Arbeitsplatzausstattung fehlt, wenn nicht gleichzeitig die Investitionstätigkeit entsprechend ausgeweitet wird. Die zusätzlichen Erwerbstätigen sorgen dann zwar für zusätzliche Produktion, aber mit immer weniger Kapital pro Arbeitsplatz. Das übt Druck auf die Arbeitsproduktivität

aus, sodass der zu verteilende Kuchen relativ zur Zahl der Köpfe sogar kleiner werden kann.

Dennoch ist Zuwanderung ein wichtiger Schlüssel zu mehr Wachstum. Zuwanderung auf freie, bestehende Arbeitsplätze ist sehr sinnvoll. Es ist gut möglich, dass im nächsten Jahrzehnt für doppelt so viele Zuwanderer freie Arbeitsplätze zur Verfügung stehen wie heute. Die richtige Auswahl, ein schneller, unbürokratischer Einwanderungsprozess sowie die Eingliederung in unsere Arbeitswelt und unsere Gesellschaft wird eine große Aufgabe für alle Beteiligten werden.

### Mehr Investitionen notwendig

Die Investitionstätigkeit des Staates – im Rahmen der nationalen sowie europäischen Schuldenregeln – und der Unternehmen wird ebenfalls ihren Beitrag zu mehr Wachstum leisten müssen. Investitionsquoten von 30 % sind für Industrieländer unrealistisch. Einen signifikanten Beitrag zu mehr Wachstum würde aber eine schrittweise Erhöhung der Investitionsquote um rund 5,5 Prozentpunkte leisten. Heute liegt sie bei 17,4 % des BIP, wozu der Staat 1,5 Prozentpunkte und die Privatwirtschaft nicht ganz 16 Prozentpunkte beitragen. Im Jahr 2030 käme sie dann auf 23 % des BIP. Das ist ehrgeizig aber machbar, wenn der Produktivitätsfortschritt für attraktive Grenzerträge sorgt.<sup>4</sup>

### Produktiver muss es auch sein

Die Produktivität der gemeinsam eingesetzten Arbeitskräfte, Prozesse, Maschinen und Bauten (Totale Faktorproduktivität: TFP)<sup>5</sup> liefert seit Langem den größten Beitrag zum Wachstum. Der wesentliche Beitrag zum Wachstum der TFP ist der „technische Fortschritt“.

Der technische Fortschritt im Produktionsprozess ist die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, neue Technologien zu entwickeln, im Unternehmen einzuführen, anzuwenden („Innovation“) und schließlich zu verbreiten („Diffusion“). Umfang und Effektivität der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), in die Innovationsfähigkeit von Unternehmen sowie in Bildung entscheiden maßgeblich über die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts.

Umfang und Beschaffenheit der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten – etwa die Qualität der Wissenschaftler und Ingenieure –, die Qualität des Managements in den Unternehmen, das durch Investitionsentscheidungen den Stand der Technik adaptiert sowie die Ausbildung und Qualifikation der Fachkräfte (zur optimalen Nutzung der vorhandenen technologischen Möglichkeiten) sind wichtige Voraussetzungen für technischen Fortschritt.

Die TFP müsste von aktuell 0,8 Prozentpunkten bis 2030 auf 1,8 Prozentpunkte steigen, um allein für ein Pro-Kopf-Wachstum von 2 % zu sorgen. Eine derart kräftige Verbesserung ist für ein reifes Industrieland wie Deutschland praktisch nicht erreichbar. Seit der Wiedervereinigung bewegte sich der Wachstumsbeitrag der TFP in der Spitze bei 1,1 Prozentpunkten, im Mittel der Jahre 1992 bis 2012 betrug er 0,9 Prozentpunkte. Zukünftig sollten Effizienz- und Effektivitätsgewinne mindestens einen Prozentpunkt zum jährlichen Wachstum beitragen.

### An allen Stellschrauben drehen

Eine eindimensionale Strategie zur Erhöhung des deutschen Pro-Kopf-Wachstums ist zum Scheitern verurteilt. Gelingen kann dies aber, wenn man mit einem integrierten Ansatz an mehreren Stellschrauben gleichzeitig dreht (Grafik 2, Szenario „Wieder 2 % pro Kopf“). Tabelle 1 dokumentiert die zur Erreichung des Zweiprozentziels notwendige Verbesserung der zentralen Wachstumstreiber im integrierten Ansatz bis 2030 (KfW-Pfad) und zieht dabei den Vergleich zum Status quo, zum Basisszenario sowie zu den Ecklösungen bei isolierten Einzelmaßnahmen.

Die möglichst umfassende Mobilisierung der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung liefert dazu einen Schlüsselbeitrag, sodass das Arbeitsvolumen wenigstens in geringem Umfang positiv zum Potenzialwachstum beitragen kann (anstatt es, wie im Basisszenario, zunehmend zu belasten).

Dies gelingt unter folgenden Voraussetzungen:

- die Partizipationsquote steigt von 69,5 % im Jahr 2012 allmählich auf

73,5 % im Jahr 2030 und damit auf ein skandinavisches Niveau;

- die Erwerbslosenquote verringert sich bis 2030 sukzessive auf 4 %;
- die Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigem bleibt auf dem heutigen Niveau von 1.400 Stunden stabil; und
- die jährliche Nettozuwanderung beträgt 200.000 Personen in den 2020er-Jahren.

Gleichzeitig muss über eine deutliche Steigerung der Bruttoanlageninvestitionsquote für einen höheren Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks gesorgt werden. In unserem Szenario „Wieder 2 % pro Kopf“ klettert die Investitionsquote von 17,4 % (2012) auf 22,5 % im Durchschnitt der 2020er-Jahre.

Eine Investitionsquote zwischen 22 und 23 % erscheint aus heutiger Sicht ehrgeizig; allerdings war sie Anfangs der 1990er-Jahre die Regel. Mit der Energiewende, der Pflege und dem Ausbau international konkurrenzfähiger Wertschöpfungsketten im Unternehmenssektor, der Verbesserung der Infrastruktur, dem Ausbau von (frühkindlichen) Betreuungs- und Bildungseinrichtungen und dem demografiegerechten Umbau von Wohnungen gibt es genügend Investitionsanlässe für Unternehmen und den Staat, die mit den Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung vergleichbar sind. Zu der Investitionsquote von 23 % sollten die staatlichen Investitionen rund 3 Prozentpunkte beisteuern (eine Größenordnung, die schon seit Langem in Ländern wie etwa den Niederlanden, Frankreich, Australien, Kanada und in Skandinavien die Regel ist), der Rest muss aus der Privatwirtschaft kommen.

Zudem gehen wir im Szenario „Wieder 2 % pro Kopf“ davon aus, dass die vermehrte Investitionstätigkeit die Arbeitsproduktivität nach oben zieht. Voraussetzung hierfür ist, dass mittelfristig eine Anhebung der TFP auf einen vollen Prozentpunkt gelingt (2012: 0,8 %). Dies erfordert erhebliche Anstrengungen bei den wesentlichen Stellschrauben zur Beschleunigung des technischen Fortschritts, also bei Forschung und Entwicklung, bei der Innovationsfähigkeit von Unternehmen sowie im Bildungsbereich.

**Tabelle 2: Prioritätenindikator für wachstumsrelevante Politikfelder**

Treiber Einheit	Status quo 2012	KfW-Pfad 2030	Verbesserung ...			Priorität
			... notwendig bis 2030	... erreicht seit 2000	Differenz	
<b>Arbeitsvolumen</b>						
Partizipationsquote	69,5 %	73,5 %	0,3 % p. a.	0,3 % p. a.	0,0 Pp.	Mittel
Erwerbslosenquote	5,3 %	4,0 %	1,5 % p. a.	2,8 % p. a.	-1,2 Pp.	Niedrig
Jahresarbeitszeit	1.397 Std.	1.400 Std.	0,0 % p. a.	-0,4 % p. a.	0,4 Pp.	Mittel
Nettozuwanderung	141.496*	200.000	1,9 % p. a.	-0,9 % p. a.	2,9 Pp.	Hoch
<b>Kapitalstock</b>						
Investitionsquote	17,4 %	23,0 %	1,6 % p. a.	-1,1 % p. a.	2,6 Pp.	Hoch
Staat	1,5 %	3,0 %	4,0 % p. a.	-2,1 % p. a.	6,1 Pp.	Hoch
Private Sektoren	15,9 %	20,0 %	1,3 % p. a.	-1,0 % p. a.	2,3 Pp.	Hoch
<b>Totale Faktorproduktivität</b>						
TFP	0,8 Pp.	1,0 Pp.	1,2 % p. a.	-2,2 % p. a.	3,5 Pp.	Hoch

\*Fünfjahresdurchschnitt

Erläuterung der Prioritäteneinschätzung

**Hoch:** Differenz zwischen notwendiger und seit 2000 jahresdurchschnittlich erreichter Verbesserung größer als 1 Prozentpunkt

**Mittel:** Differenz zwischen notwendiger und seit 2000 jahresdurchschnittlich erreichter Verbesserung zwischen -1 und 1 Prozentpunkten

**Niedrig:** Differenz zwischen notwendiger und seit 2000 jahresdurchschnittlich erreichter Verbesserung kleiner als -1 Prozentpunkt

Quelle: KfW Economic Research

**Forschung und Innovation: ausweiten und diversifizieren**

Um durch neues Wissen den technischen Fortschritt zu beschleunigen, ist eine weitere Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben notwendig. Die Anstrengungen der zurückliegenden Jahre reichten weder aus, das 3 %-Ziel zu erreichen, noch das in den 1990er-Jahren gegenüber vielen OECD Ländern verlorengegangene Terrain wieder gut zu machen.

Darüber hinaus erscheint auch eine „Verbreiterung“ der FuE-Basis wünschenswert. Die FuE-Anstrengungen in Deutschland konzentrieren sich auf die Wirtschaftszweige der hochwertigen Technik (Automobilsektor: 33 %), was umgekehrt Defizite bei der besonders wachstumsstarken Spitzentechnologie bedeutet.

Um mehr Innovationen auf den Markt zu bringen muss der Technologietransfer aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbessert werden. Auch stellen die spezifischen Innovationshemmnisse von Mittelständlern Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik dar. Finanzierungsprobleme, Bürokratie und Fachkräftemangel betreffen insbesondere Firmen mit anspruchsvollen Innovationsstrategien.

**Bildung: Qualität entscheidend**

Angesichts der hohen Wissensintensität der deutschen Volkswirtschaft kommt es in erster Linie auf eine Verbesserung der kognitiven Kompetenzen der Erwerbspersonen, also eine hohe Bildungsqualität, an. Bildungsausgaben sind notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung dafür. Faktoren wie qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal sowie motivierende Lehrmethoden lassen sich nicht allein durch höhere Bildungsausgaben erreichen.

Höchste Priorität sollte eine gute Bildungsqualität im frühen Kindesalter haben, da dort der Grundstein für nachfolgende Bildung gelegt wird. Auch ist eine höhere Chancengerechtigkeit im Bildungssystem anzustreben, und der Anteil Geringqualifizierter muss deutlich verringert werden. Derzeit fehlt fast einem Viertel der Personen im Alter von 25 bis 30 Jahren ein beruflicher Abschluss. Durch gezielte berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen sollten sich sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose kontinuierlich für vorhandene oder neue, zukunftssträchtige Arbeitsplätze weiterqualifizieren. Dass der überwiegende Teil der beruflichen Weiterbildungen von Unternehmen finanziert wird, zeigt, dass diese ein großes Eigeninteresse haben, die Qualifikationen ihrer Beschäftigten stets an aktu-



elle Arbeitsmarkterfordernisse anzupassen. Daneben kann eine staatliche Förderung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen für diejenigen Gruppen sinnvoll sein, die zwar erhöhten Qualifikationsbedarf haben, aber z. B. aufgrund von Finanzierungsengpässen derzeit zu wenig in Weiterbildung investieren: dazu zählen etwa Beschäftigte in KMU, Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, Geringqualifizierte, Ältere und Personen mit Migrationshintergrund.

### Handlungsbedarf bei Investitionen und Produktivität am größten

Wenngleich das Zweiprozentziel nur bei gleichzeitigen Erfolgen auf allen wachstumsrelevanten Politikfeldern zu erreichen ist, ist der Handlungsbedarf unterschiedlich akut. Vergleicht man die Geschwindigkeit bisheriger Veränderungen in den relevanten Kategorien Arbeit, Kapital und Produktivität mit der Geschwindigkeit der notwendigen Veränderungen zum Erreichen des Zweiprozent-

ziels bis zum Jahr 2030, ergibt sich eine mögliche Rangliste (Tabelle 2).

Unzweifelhaft sehr hoch ist der Handlungsbedarf bei den Investitionen – insbesondere beim Staat, aber auch in der Privatwirtschaft – und der Produktivität. Hier müssen bis 2030 erhebliche Verbesserungen erreicht werden. Sowohl die Stärkung der Investitionen wie auch der Produktivität haben deshalb nach unserer Einschätzung die oberste Priorität.

Eine hohe Priorität zeigt unser Indikator auch bei der Zuwanderung an, wenngleich dieses Ergebnis aufgrund der starken jährlichen Schwankungen und der schwierigen Prognose vorsichtig bewertet werden muss.<sup>6</sup> Aktuell ist die Nettozuwanderung aufgrund der Krise in Südeuropa sehr hoch. Gelänge es, die Nettozuwanderung auf dem aktuellen Niveau zu stabilisieren, so hätten wir den Zielwert bereits mehr als erreicht. Wir gehen jedoch davon aus, dass dieser

Effekt nicht dauerhaft ist, und dass die Nettozuwanderung mit der Verbesserung der Wirtschaftslage in Südeuropa erheblich zurückgehen wird. In jedem Fall kann Zuwanderung einen wichtigen, wenn auch nur kleinen Beitrag leisten: Selbst im „Rekordzuwanderungsjahr“ 2012 betrug die Nettozuwanderung mit 369.000 Personen nur einen Bruchteil der gesamten Erwerbspersonen in Deutschland (43,9 Mio.).

Hingegen erscheinen die Herausforderungen am Arbeitsmarkt machbar. Bei der Partizipationsquote müssen wir bis 2030 durchschnittliche Zuwächse erzielen, wie sie uns seit der Jahrtausendwende gelungen sind. Der Rückgang der Erwerbslosenquote kann sich sogar verlangsamen, damit der Zielwert des KfW-Pfades für 2030 erreicht wird, was gut möglich ist. Die Jahresarbeitszeit müsste in etwa auf heutigem Niveau gehalten werden. ■

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzfassung von Borger, Klaus; Lüdemann, Elke; Zeuner, Jörg und Volker Zimmermann: „Deutsches Wirtschaftswachstum in der Demografiefalle: Wo ist der Ausweg?“, KfW Economic Research, Studien und Materialien (Oktober 2013)“. Dort werden unter anderem das verwendete Wachstumsmodell (Cobb-Douglas-Produktionsfunktion), die Konzepte sowie die berücksichtigten Quellen eingehend erläutert.

<sup>2</sup> Verteilungs- und Vorsorgefragen bleiben hier unberücksichtigt.

<sup>3</sup> Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Niederlande, Spanien, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika.

<sup>4</sup> Vgl. Zeuner, Jörg: Zukunft braucht Investitionen, KfW Economic Research, Fokus Volkswirtschaft Nr. 23 (Mai 2013).

<sup>5</sup> Die TFP ist der Teil des Potenzialwachstums, der nicht auf die quantitative Veränderung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zurückgeführt werden kann.

<sup>6</sup> Unter der Wachstumsperspektive sind wir an dem längerfristigen Trend der Nettozuwanderung interessiert. Deshalb fließen nicht die stark schwankenden Jahreswerte der Wanderungssalden – noch 2008 und 2009 hatte Deutschland eine Nettoauswanderung zu verkraften –, sondern geglättete Werte in den Prioritätenindikator ein. Wir haben uns dabei für die Glättung anhand des Fünfjahresdurchschnitts entschieden. Gleichwohl bleibt das Ergebnis des Prioritätenindikators sehr sensitiv gegenüber der Länge der Durchschnittsbildung. Unterhalb der Fünfjahresperiode weist unser Indikator wegen der krisenbedingt zurzeit sehr hohen Nettozuwanderung nur noch auf geringen Handlungsbedarf hin („Priorität niedrig“).